

Hannover 06.07.2020



Inklusive Schüler*innen sind schon jetzt die Verlierer der Corona-Krise

Schwerpunktsetzung auf Pflichtunterricht gefährdet sonderpädagogische Unterstützung

Mit seiner Anweisung an die Schulen, im Schuljahr 2020/2021 den Schwerpunkt auf die Erteilung von Pflichtunterricht zu legen, riskiert Kultusminister Grant Hendrik Tonne nach Meinung des Landeselternrates Niedersachsen (LER) nichts weniger als das Einstellen sonderpädagogischer Unterstützung – und das mit Ansage. „Wir erwarten jetzt dringend Konzepte, die die Teilhabe inklusiv beschulter Schüler*innen sicherstellen“, fordert der Landeselternrat den Minister auf.

Spätestens seit der Rücknahme der Änderung des Klassenbildungserlasses durch das Kultusministerium ist klar, dass die Unterrichtsversorgung für das nächste Schuljahr akut gefährdet ist. Die aktuell geltende Erlasslage gibt den Schulen vor, den Pflichtunterricht gegenüber der sonderpädagogischen Förderung unterstützungsbedürftiger Schüler*innen zu bevorzugen. „Wie soll das gehen“ fragt der Landeselternrat. Zwischen 15 und 20 Prozent der Lehrkräfte stehen derzeit für den Präsenzunterricht nicht zur Verfügung, weil sie selbst oder Angehörige, mit denen sie in einem Haushalt leben, zur sogenannten Risikogruppe gehören. Das verschlechtert aus Sicht der Elternschaft, die Situation in einem Maße, dass eine Rückkehr in den Regelschulbetrieb nach den Sommerferien eigentlich schon aus diesem Grunde undenkbar ist. Trotzdem verbreitet das Kultusministerium den Eindruck als bestünde die Möglichkeit, das nächste Schuljahr könnte - abhängig vom Infektionsgeschehen – ein ganz normales werden.

Schüler*innen mit festgestelltem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf an inklusiven Schulen sind bereits jetzt die Bildungsverlierer der Coronakrise. Förderzentren ziehen ihre Abordnungen zurück, um ihre eigenen Pflichtstundentafeln gewährleisten zu können. An inklusiven Schulen werden Schüler*innen mit einem festgestelltem Unterstützungsbedarf von der Präsenzbeschulung ausgeschlossen, weil sie nach Einschätzung der Schulleitung nicht in der Lage sind, die geltenden Hygieneschutzbestimmungen einzuhalten.

Der LER hofft darauf, dass die Ankündigung des Ministers im Landtag die sonderpädagogischen Zusatzbedarfe nicht antasten zu wollen, mehr als ein Lippenbekenntnis ist. **Aber klar ist auch:** Ohne die Änderung des Klassenbildungserlasses dürfte diese Antwort des Ministers kaum in die Tat umgesetzt werden.

Gute Worte sind nicht ausreichend, dieses Organisationsverschulden seitens des Ministeriums muss dringend angepasst werden - die Teilhabe einer ganzen Schülergruppe muss verlässlich sichergestellt werden! Die sonderpädagogische Förderung konnte schon vor der Corona-Pandemie nicht gewährleistet werden, das hat sich während der Krise noch potenziert. Der Landeselternrat erwartet dazu echte Konzepte aus dem Ministerium!

Vorsitzende

Cindy-Patricia Heine

Telefon

(0511) 120 8815

0179 318 6230

(0511) 120 8810

Anschrift

Berliner Allee 19
30175 Hannover

E-Mail

heine@ler-nds.de

geschaeftsstelle@ler-nds.de

Webseite

www.ler-nds.de

Leiterin der Geschäftsstelle

N.N.

Gemäß § 168 I NSchG gebildet beim Nds. Kultusministerium



Niedersachsen. Klar.